

VBUW e.V. | Postfach 19 12 61 | 14002 Berlin

An die Damen und Herren des  
Abgeordnetenhauses Berlin

Per Mail

**VBUW Lebensmittel und  
Gastronomie e.V.**  
Heerstr. 14  
14052 Berlin

Montag bis Donnerstag 9-15 Uhr  
T +49 (0) 30 33 77 19 96  
F +49 (0) 30 33 77 18 59  
E [service@vbuw-online.de](mailto:service@vbuw-online.de)

UST-ID-Nr. DE352554517

Berlin, 16.10.2025

**Politische Stellungnahme des VBUW Lebensmittel und Gastronomie e.V. zum Entwurf des  
Gesetzes zur Errichtung eines Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne möchten wir uns bei Ihnen vorstellen: Wir sind ein für die Lebensmittel- und Gastronomiebranche anerkannter Berufsverband und Wettbewerbsverein und im Lobbyregister unter der Nummer: R001062 eingetragen. Unsere Mitglieder (unter anderem Nordsee, Peter Pane, Dominos, Call a Pizza, Smiley's, burgerme, Telepizza, World of Pizza, Frittenwerk, Kaspar Schmauser) gehören überwiegend der Systemgastronomie an. Sie sind Kenner der Branche und ihrer Probleme.

Wir wenden uns heute an Sie, um zur geplanten Einführung einer Berufsausbildungssicherungsabgabe Stellung zu nehmen. Hierzu haben wir unsere Mitgliedsunternehmen befragt und sind durchweg auf Unverständnis für diesen Weg gestoßen, denn die Ausbildungsplatzumlage bietet keine Lösung für die strukturellen Probleme des Berliner Ausbildungsmarktes, sondern ist eine Zwangsabgabe, die personalintensive Branchen, wie die Gastronomie, die bereits unter einer extrem hohen Kostenbelastung stehen, noch zusätzlich bestraft.

Der Senat muss die Gastronomie in Berlin entlasten und darf sie nicht durch zweifelhafte Abgaben zusätzlich belasten.

**VORSTAND**

Thomas Wilde, Kay Wetzlich, Thomas Musäus  
Geschäftsführerin: Nicole Thomas  
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)

**BANKVERBINDUNG**

Commerzbank Berlin  
IBAN: DE75 1004 0000 0811 5511 00  
BIC: COBADEFFXXX

**VEREINSREGISTER**

Amtsgericht Charlottenburg  
Registernummer:  
VR 33921 B

**VBUW-ONLINE.DE**

## 1. Überlastung der Gastronomie: Die Umlage als existenzielle Gefahr

Die Kopplung der Abgabe an die Arbeitnehmerbruttolohnsumme ist einer der Konstruktionsfehler des Gesetzes und trifft die Gastronomie besonders stark. Denn die Unternehmen in der Gastronomie (Restaurants, Lieferdienste, Cafés) sind typischerweise sehr personalintensiv. Denn wir brauchen Manager, Schichtleiter, Restaurantleiter, Servicekräfte, Köche, Fahrer und Küchenhilfen. Ein Großteil unserer betrieblichen Kosten besteht aus Löhnen. Die Branche ist bereits durch die deutliche Anhebung des Mindestlohns, steigende Energiekosten und anhaltende Inflation massiv unter Druck und die geplante Umlage verschärft die schon bestehende Krise. Eine zusätzliche Abgabe von bis zu 0,5 Prozent der gesamten Bruttolohnsumme erhöht die Lohnnebenkosten unmittelbar. Für einen Sektor, der mit äußerst knappen Margen kämpft, stellt diese zusätzliche Belastung eine existenzielle Gefahr dar. Statt einem mehr an Ausbildungsplätzen, sehen wir eine Gefährdung bestehender Arbeitsplätze.

Erschwerend kommt hinzu, dass nicht jeder Betriebsinhaber einen Ausbilderschein hat, da auch dieser Ressourcen wie Zeit und Geld kostet. Das käme dann auf die Inhaber noch zu den Kosten der Umlage hinzu.

## 2. Bestrafung ausbildungswilliger Betriebe

Hinzu kommt, dass die Umlage all jene Unternehmen bestraft, die sich engagieren wollen, aber an den Realitäten des Marktes scheitern. Denn viele Gastronomiebetriebe möchten ausbilden, finden aber keine geeigneten Bewerber. Sie leiden selbst massiv unter den Passungs- und Matching-Problemen. Berichten aber auch von Problemen, die ihre Ursachen in der mangelhaften Integration haben.

**Praxiserfahrung:** So berichteten zwei unserer Mitglieder von einigen Fällen, in denen sie jeweils gute „Pizzafahrer“ angesprochen haben, ob sie nicht die Ausbildung machen möchten. Die Jugendlichen selbst waren sogar willens, nicht aber ihre Eltern, die von ihren Kindern erwartet haben, dass sie jeden Monat „500,00 € zu Hause abgeben“ müssen. Sie verweigerten die Unterschrift unter den Ausbildungsvertrag, weil ihre Kinder nicht „lernen“, sondern arbeiten gehen sollen.

Dennoch wären die Unternehmer hier und viele andere, die einfach keine geeigneten Bewerber finden, gezwungen, die Umlage zu zahlen ohne einen entsprechenden Ausgleich. Sie werden für ein Markt- und Integrationsversagen bestraft, für das sie nichts können.

**Fakt ist auch, dass die Umlage keine zusätzlichen Ausbildungsverträge schafft, wenn die Matchingprobleme – wie fehlende Grundkompetenzen oder mangelndes Interesse an den**

**Sicher im Wettbewerb.**

**Berufen oder einer beruflichen Ausbildung – ungelöst bleiben. Ein rein finanzieller Zuschuss kann keine fehlenden Qualifikationen oder den mangelnden Willen zur Berufsausbildung ersetzen.**

### **3. Ungerechte Umverteilung und neue Bürokratielast statt Entlastung**

Das Gesetz führt in der aktuellen Vorlage zu einer unfairen Umverteilung und einem unnötigen Verwaltungsaufwand. Denn die Ausbildungsplatzumlage führt im Ergebnis zur Umverteilung von Geldern der ohnehin schon durch hohe Personalkosten belasteten KMUs (wie der Bäckerei oder dem Restaurant an der Ecke) hin zu großen Unternehmen oder den Landesbehörden. Zudem geht die Errichtung der „Berliner Ausbildungskasse“ mit einem weiteren bürokratischen Aufwand einher, selbst wenn es mit der digitalen Übermittlung klappen sollte. Es gibt Behördenanfragen, Nachfragen, Kontrollen, Anträge und Stellungnahmen, die hin- und hergesandt werden. Wir brauchen Entlastung statt Belastung!!!!

Daher unsere wichtigsten Forderungen

1. Entlasten Sie die Betriebe durch die Senkung der Lohnnebenkosten.
2. Stärken Sie die Berufsorientierung und die Ausbildungsfähigkeit von Bewerbern. Starten Sie in den Schulen mit praktischen Unterrichtseinheiten, wie Kochkursen und Holz- oder Metallverarbeitung, dann entscheiden sich auch wieder mehr Kinder für praktische Berufe! (Was sie nicht kennen, wählen sie auch nicht, das erklärt dann auch den Vorzug zu vollschulischer Ausbildung gegenüber der dualen Ausbildung).
3. Auch wäre es sinnvoll über Gutscheine für den Ausbilderschein nachzudenken, um hier positive Anreize zu setzen, anstatt Unternehmer zu betrafen.

Stoppen Sie die Ausbildungsplatzumlage! Entlasten Sie die Gastronomie und sichern Sie die Zukunft der Berliner Wirtschaft!

Gern stehen wir und unsere Mitglieder für persönliche Gespräch und auch einen Vor-Ort-Termin im Betrieb zur Verfügung, damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können, wie engagiert unsere Unternehmer schon heute sind, aber gerade In der Gastronomie kommen Menschen zahlreicher Nationalitäten zusammen, die ganz eigene Vorstellung von Ausbildung und Arbeit haben und dann dürfen auch die sprachlichen Hürden einer Ausbildung nicht unterschätzt werden.



Nicole Thomas  
Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin)/Geschäftsführerin

**Sicher im Wettbewerb.**